

# Haushaltsrede 2006 der *Löhner-Bürger-Allianz*

*Es gilt das gesprochene Wort.*

## 1 Prolog

Zunächst bedanke ich mich bei den Damen und Herren der Verwaltung, die den Fraktionen mit dem Entwurf zum Haushaltsplan 2005 die notwendige Diskussionsgrundlage für die politischen Schwerpunktsetzungen in der Stadt Löhne an die Hand gegeben haben.

Wir danken auch der Tagespresse für die Erfüllung ihrer wichtigen Aufgabe.

## 2 Die negative Wirkungen der überörtlichen Wirtschaftspolitik

Trotz deutlicher Zuwächse der Gewerbesteuer hat das Jahr 2005 für die Finanzprobleme der Städte keine Trendwende gebracht. Auch 2006 müssen die Kommunen mit hohen Defiziten kämpfen und erwarten wenig Spielraum, um ihre Investitionen auszuweiten. Das verdeutlichen folgende Zahlen:

- Das **Jahresdefizit zwischen Einnahmen und Ausgaben** (Gesamtdefizit) sank 2005 gegenüber 2004 nur minimal von 3,82 auf 3,7 Milliarden Euro. 2006 wird das Defizit voraussichtlich auf 4,5 Milliarden Euro steigen.
- Die **Kassenkredite** aller Kommunen mussten 2005 bis Ende September um 3,6 Milliarden auf 23,7 Milliarden Euro aufgestockt werden. Damit sind sie seit Anfang 2000 um 17,5 Milliarden Euro gestiegen. Normalerweise werden mit Kassenkrediten nur vorübergehend Zahlungsengepässe überbrückt, doch viele Städte müssen damit seit Jahren laufende Ausgaben finanzieren.
- Die jährlichen **Investitionen** in den Kommunalhaushalten liegen inzwischen um fast 45 Prozent unter denen des Jahres 1992. Sie sind damit um 14,8 Milliarden Euro auf rund 18,7 Milliarden Euro im Jahr gesunken. 2005 gingen die Investitionen abermals um 5,4 Prozent zurück. 2006 wird die Talfahrt voraussichtlich gestoppt, erwartet wird eine Stagnation auf niedrigem Niveau.

Dass trotz deutlicher Zuwächse der Gewerbesteuer für das Jahr 2005 (bundesweit + 12,5%) und der weiteren Beteiligung des Bundes an den Unterkunftskosten von Langzeitarbeitslosen in Höhe von 29,1%

die gesamten kommunalen Einnahmen 2005 nur um 2,5% stiegen hat seine Ursache vor allem darin, dass die Länder ihre Entlastungen durch Hartz IV nicht voll an ihre Kommunen weitergegeben oder andere Zuweisungen gekürzt haben. Ein Skandal – denn dadurch verringert sich das Jahresdefizit der Kommunen nur geringfügig!

### Die LBA fordert deshalb von Bund, Land und Kreis:

Es liegt im Interesse unseres gesamten Landes, **die Investitionskraft der Städte zu stärken**. Das jahrelange Minus bei den kommunalen Investitionen muss dringend in ein Plus umgekehrt werden. Die Kommunen haben eine Schlüsselstellung für den Aufschwung, weil sie 60 Prozent der öffentlichen Investitionen tragen. Deshalb fordern wir zweierlei: Die **Steuerbeschlüsse der großen Koalition** dürfen nicht nur Bund und Ländern nützen, sondern müssen frühzeitig auch die **Kommunalhaushalte spürbar entlasten**. Außerdem dürfen die Länder ihre Zuweisungen an die Kommunen nicht zurückfahren, weil diese sonst die Haushaltsnöte anderer auszubaden haben.

In dem sensiblen Bereich der **Kindergartenfinanzierung** ist es zwingend geboten, zwischen Land, Kommunen, Kirchen und freier Wohlfahrtspflege partnerschaftlich Vorschläge für eine tragfähige Finanzierung entwickeln. Die Absicht der schwarz-gelben Landesregierung, in diesem Jahr bei den Kindergärten 116,7 Mio. Euro an Zuschüssen einzusparen, ist aus kommunaler Sicht inakzeptabel. Dies bringt Kommunen und Kindergartenträger in die familienpolitische Zwangslage, Elternbeiträge massiv erhöhen zu müssen.

Die Anhebung der **Kreisumlage** um 2,5% ist ein Affront gegen alle Kommunen im Kreis. Die LBA fordert den Kreis auf, seiner Verpflichtung gegenüber seinen Kommunen nachzukommen, seine Eon-Anteile zu veräußern und dem Versickern vom Millionenbeträgen in undurchsichtigen kulturellen Stiftungen ein Ende zu bereiten.

### 3 Die tatsächliche Lage der städtischen Finanzen

Wäre die Stadt Löhne ein privatwirtschaftliches Unternehmen, hätten wir uns längst der **Insolvenzverschleppung** schuldig gemacht.

Der Kämmerer hat in den letzten Wochen die Dramatik der Löhner Finanzen vielfach offen gelegt und für das Jahr 2007 den Gang in die **Haushaltssicherung** angekündigt. Nur ein Beispiel: so ist der Schuldenstand - verglichen mit dem letzten Haushalt - noch

dramatischer geworden. Bei der **Pro-Kopf-Verschuldung** liegt Löhne landesweit im Bereich des schlechtesten Drittels.

Selbst der Steuerzahlerbund bescheinigt der Stadt Löhne in seiner jüngsten **Ratingtabelle** einen Platz im hinteren Drittel. Schuld daran sind u. a. die sehr schlechte Beurteilung im Bereich Schulden und die kaum weniger schlechte Beurteilung im Bereich Personalkosten.

Ach ja – die Personalkosten: Da trat im September doch ein **Bürgermeisterkandidat** an, der eine mit seinem Konterfei verzierte Postkarte verteilen ließ, auf deren Rückseite an erster Stelle geschrieben stand: „*ICH WERDE die Kosten für die Verwaltung und die Verschuldung zurückfahren.*“ Und die ihn tragende CDU wusste in ihrem Wahlflyer zu berichten: „...*Zudem sind die Personalstellen und Personalkosten in der Verwaltung unverhältnismäßig gestiegen.*“

Doch wer geglaubt hatte, der Bürgermeister, der sich selbst als **kompetent, konsequent und verlässlich**, kurzum als Profi umschrieb, würde dem städtischen Wasserkopf den Kampf ansagen, der sah sich leider enttäuscht. Im Gegenteil, heute wollen Bürgermeister und CDU von ihren vollmundigen Wahlversprechen nichts mehr wissen.

Dass angesichts des dramatischen Schuldenbergs gespart werden muss, das haben nun mittlerweile fast alle Ratsfraktionen verstanden. So begrüßen wir die Einsicht der SPD beim Thema **Blomeyer-Brücke**, zusammen mit der LBA für eine kostengünstigere Lösung zu streiten – mit Erfolg, wie sich herausstellte. Dass die CDU und der Bürgermeister all dies nicht wahrhaben wollen, gar von Schaukämpfen reden, gleichzeitig 680.000 € einsparen wollen bei Sport und Kultur, zeigt eins deutlich: Konsequenz und Verlässlichkeit beweisen Bürgermeister und CDU vor allem in einem: im Fehlen eines **durchdachten und durchgängigen Sanierungs-Konzepts**

## **4 In welche Richtung soll die Reise gehen?**

### **4.1 Leitziel ist für die LBA die >bürgerorientierte Stadt<**

Darunter verstehen wir, eine Stadt, in der sich die Menschen wohlfühlen, in der sie gerne leben, auf die sie stolz sind, in der sie sichere Arbeitsplätze haben, in der sie Sport ausüben und ihre Freizeit in vielfältiger gestalten können.

In einer bürgerorientierten Stadt sind die Bürger nicht für die Verwaltung da, sondern dort die Verwaltung ist Partner, ja Dienstleistender des Bürgers (siehe Osterfeuer-Konflikt).

Die materielle Grundbedingung einer wirklich bürgerorientierten Stadt ist jedoch deren finanzielle Handlungsfähigkeit. Darum wird es heute primär gehen.

## 4.2 Steuer- und Abgabenbelastung stoppen!

Die nahende Haushaltssicherung lässt nur **zwei Möglichkeiten** zu: Entweder wird das Ruder wirkungsvoll rumgelegt, gezielt gespart und der öffentliche kommunale Sektor reduziert, oder ... die Auswirkungen der Haushaltssicherung treffen die Stadt Löhne mit voller Wucht und undifferenziert.

Letztlich kann dies zum Ergebnis haben, dass uns von überörtlicher Stelle, vom RP oder vom Land vorgegeben wird, wie unser Haushalt verändert, wo kürzt werden muss, wo **Steuern- und Abgabenerhöhungen** erfolgen sollen: Also das **Ende der kommunalen Selbstverwaltung**.

Die LBA ist der Überzeugung, dass gehandelt und die **Aufblähung des öffentlichen Sektors zwingend zurückgeführt werden** muss.

Also ist es hier in Löhne, genauso wie auf Bundes- und Landesebene unakzeptabel, **mutwillig an der Steuer- und Abgabenschraube weiter zu drehen**, deshalb hat die LBA seinerzeit die Quersubventionierung des städtischen Haushaltes durch die Verteuerung der Wasserpreise (= **Erhöhung der Konzessionsabgabe**) abgelehnt. [Erstaunlich waren dabei die verschlungenen Wege der Beschlussfassung: Während vor der Kommunalwahl CDU unsere Einschätzung noch teilte, die Einführung einer solchen Abgabe also ablehnte und sich noch einige Tage vor der Ratsitzung gegen die Verdoppelung der Abgabe aussprach, stimmte sie in der Ratssitzung dann aber plötzlich dafür. – Genau in Gegenrichtung lief es bei der SPD, die nach der Wahl eine „Rolle rückwärts“. Zuvor, also in den Vorjahren, hatte die SPD-Fraktion die Notwendigkeit dieser Abgabe betont, um dann in der entscheidenden Ratssitzung plötzlich mit Stimmenthaltung zu votieren.]

Nur die LBA blieb bei ihrer ursprünglichen Haltung, die eine solche Quersubventionierung des städtischen Haushaltes über die Wasserkosten ablehnt.

## 4.3 Welche Verhaltensweisen müssen auf dem Wege zu einer bürgerorientierten Stadt geändert werden?

Wirtschaftliches Denken und Handeln muss in den Ratsgremien und der Verwaltung zur **verbindlichen Orientierungslinie** werden. Hätte sich dies bei der Verwaltungsspitze bereits im letzten Jahr herumgesprochen, hätten wir uns der **Irrweg „Fischbauchbrücke“**

mit all den zusätzliche Kosten von vornherein – im wahrsten Sinne des Wortes – sparen können.

Nur Ausgaben, die auch **durch Einnahmen abgedeckt** sind, dürfen zukünftig noch durchgesetzt werden.

Leistung und Honorierung in der Verwaltung müssen einander erkennbar gegenüberstehen. Das wie auch immer gefärbte **Parteibuch darf nicht ein Beförderungskriterium** sein.

Der gegenwärtige, **aufgeblähte Stellenplan** im Löhner Rathaus muss systematisch **zurückgeführt** werden.

Die **Lösung des Innenstadtproblems** muss energisch voran getrieben werden. Dazu hat die LBA konkrete Vorschläge gemacht.

Eine konzentrierte **Wirtschafts- und Arbeitsplatzförderung**, sowie die zielgerichtete Sanierung des maroden Löhner Straßensystems müssen erfolgen.

Auswirkungen jahrelanger **parteilich motivierter Entscheidungen sind aufzulösen** und zukünftig zu unterbinden.

## 5 Welche Schritte führen zur Gesundung?

### 5.1 Grundlegende Maßnahmen

Angesichts der oben dargestellten Lage, muss sich die Stadt Löhne **auf das wirklich Wichtige konzentrieren**.

Das heißt konkret:

- **Abbau** der in der Vergangenheit **inflationierten Klientel-Begünstigungen**. [Allein die institutionalisierte jährliche DGB-Subventionierung {="Arbeit&Leben"} kostet den Löhner Steuerzahl mehr als 22.000 €]

**Abschmelzung des aufgeblähten Personalapparates** und der Überkapazitäten im Rathaus – auf allen Ebenen. Vorhandene erste Schritte in diese Richtung werden von der LBA gewürdigt. Die Streichung der Beigeordnetenstelle reicht jedoch nicht aus. Es kann nicht angehen, vor der Wahl einen „**personellen Wasserkopf**“ (Quernheims Zitat auf der LBA-Informationsveranstaltung im Kaiser-Center, Sept. '04) zu identifizieren, um nach der Wahl, wenn man feststellt, dass die Medizin zur Behandlung bitter schmeckt, dann doch darauf zu hoffen, die sommerliche Hitze würde den Wasserkopf schon von alleine schrumpfen lassen.

- **Privatisierungen** von geeigneten Bereichen - z.B. Teile der Werretalhalle, des Stadtmarketings, des Wohnbaubereichs müssen

umgesetzt werden. [Dieser richtige Gedanke fand sich auch schon mal in einem CDU-Haushaltsantrag {NW 27.4.'04}, geriet bei ihr dann jedoch wieder in Vergessenheit]

- **Wahrheit und Klarheit in bei den Finanzen** – keine „Eiertänze“ wie in der Vergangenheit z.B. bei der Verheimlichung der Gartenschaukosten.
- **Bauprojekte:** Kostengünstige Sanierung der Blomeyer-Brücke, aber keine Geld für Baudenkmäler oder gruppenpsychologisch motivierte Experimente.
- **Begrenzung der Kosten** für die **Aqua Magica**. Auch dieser Gedanke wurde von CDU/FDP bereits ins Auge gefasst [NW 23.9.'05], dann allerdings nicht mehr weiterverfolgt. CDU Fraktionschef Gerd Kölsch vor wenigen Monaten: *„Bei einem Jahresanteil der Stadt Löhne an der Aqua Magica GmbH in Höhe von circa 280.000 € kann das Landesgartenschau Gelände bei den Sparbemühungen nicht außen vor bleiben“* und CDU-Vorsitzende Bernd Hasler sekundierte: *„Uns ist bewusst, dass dies auf großen Widerstand stoßen wird. Dieser Weg muss aber im Interesse einer nachhaltigen Politik beschritten werden.“* {beides in: NW 29.9.'05}
- **Verbesserung der Kostendeckung** bei den freiwilligen Aktivitäten der Stadt (z.B. bei der VHS, der Kunstschule). Hier gibt es durchaus schon zielführende Entwicklungen.

## 5.2 Schluss mit dem kreditfinanzierten Horten von „Tafelsilber“!

Aus der Erfahrung mit den **EMR-Anteilen** müssen wir Folgendes lernen: Es passt nicht zur finanziellen Lage der Stadt Löhne, Anteile an Projekten zu halten, die isoliert betrachtet gut und schön sind, jedoch keine elementare Bedeutung für die Stadt Löhne und die Wohlfahrt ihrer Bürger haben:

Richtig war es, auf Löhnes Mitgliedschaft im Trägerverein der in Herford ansässigen **Nordwestdeutschen Philharmonie** (NWD) zu verzichten.

Richtig ist es ebenso, die Verantwortung für die **Löhner Bäder** in die Hände des SC Aquarius zu geben. Selbstverständlich müssen zuvor geeignete vertragliche Grundlagen geschaffen werden.

Sinnvoll wäre es auch gewesen, wie von der LBA beantragt, den Verkauf der **Radio-Herford**-Anteile zu realisieren. Doch weder der Kreis noch irgend eine andere Kommune im Kreis Herford wollte sich mit diesem

toten Kapital belasten. Löhne bleibt also auf seinen überproportional hohen Anteilen sitzen. Eine Folge vergangener Fehlentscheidungen. Auch halten wir nach wie vor den Ausstieg aus der Mitfinanzierung des unsinnigen **MARTa-Projektes** für sinnvoll. Die Zuschüsse für MARTa belasten über die jetzt erhöhte Kreisumlage auch die Stadt Löhne, genau wie die LBA prognostiziert hat. Die finanzielle Trägerschaft bei dem Projekt „**Arbeit & Leben**“ entlastet nur die Kassen des DGB, ist dem städtischen Haushalt aber eine „Klotz am Bein“.

### 5.3 Arbeitsschwerpunkte der LBA in den nächsten Monaten und Jahren

Der Kampf **gegen Verwahrlosung und Kriminalität**:

Die konsequente Bekämpfung von Verwahrlosungserscheinungen (z.B. im Bahnhofsbereich) und Kriminalität (z.B. im Asylantenheim) in Löhner Problembereichen ist noch unvollkommen.

Eine wirkungsvolle **Alten- und Jugendförderung** gehört zum kommunalpolitischen Kernbereich, darf also durch Kürzungen nicht über Gebühr beeinträchtigt werden.

Die Förderung des **Vereinssportes und der Sportjugend** ist die sinnvollste stabilisierende Sozialpolitik und präventive Kriminalitätsbekämpfung, die man sich denken kann, und allemal kostengünstiger als nachlaufende Resozialisierungsmaßnahmen.

Neue Baugebiete müssen schon vor der endgültigen Fertigstellung mit einem **Kinderspiel- bzw. Bolzplätzen** ausgestattet sein (siehe Baugebiet Leinkamp). Ein Bolzplatz im Zentrum von Ostscheid und ein weiterer Platz in Löhne-Bhf. sind für uns unverzichtbar.

Eine kontinuierliche Förderung der **Schulen und Kindergärten** ist der LBA wichtig, auch wenn uns hier die Politik der Landesregierung ins Gesicht weht. Die Löhner Schulen müssen eine angemessene Ausstattung aufweisen. Das gilt auch gerade für den Schulsport.

Wir wollen ein **Aufforstungsprogramm**, um grüne Lungen für Löhne zu gewinnen, aber keine zusätzlichen Ausweisungen von Gebieten für Windkraftanlagen, die ökologisch und ökonomisch unsinnig sind.

**Der überörtlichen Prüfungsbericht der Gem.prüfungsanstalt NRW (Mz./Ap. 04, S. 14) berührt genau den gleichen wunden Punkt, den die LBA seit 2 Jahren moniert. Dort heißt es: „Die Stadt Löhne sollte die vergaberelevanten Tätigkeiten, die zurzeit innerhalb der ausschreibenden Stellen wahrgenommen werden, einer zentralen Vergabe- und Submissionsstelle übertragen.“**

## 5.4 Umgang der LBA mit der vorgelegt > Verwaltungs-Sparliste<

- Die LBA lehnt die Anwendung >**Rasenmäherprinzips**< ab: Dies würde nur eine undifferenzierte **Schrumpfung auf der Basis des Status-Quo** bedeuten, also eine unpolitische **Scheu bzw. Flucht vor konkreten Sachentscheidungen** (Eindruckvoll illustriert durch den Eiertanz im Hauptausschuss vom 9.3.'06)
- Es gibt also keine Alternative zu einer sachlich begründeten, politischen **Abwägung der einzelnen Möglichkeiten**. (Ohnehin besteht gar nicht die Chance, es wirklich allen recht zu machen.)
- Dabei hat die LBA keinerlei Veranlassung, ihren diesbezüglichen **Entscheidungs-Prüfstein** nicht auch klar und deutlich zu benennen:
- Der entscheidene Schlüssel bei jedem Einzelfall ist für uns: **WAS IST FÜR DIE BÜRGER DIESER STADT WIRKLICH VON ELEMENTARER BEDEUTUNG?**
- **Und da sagt die LBA ganz klar: Uns sind unsere Löhner Sportvereine, uns ist der örtliche Breiten- und Jugendsport sehr bedeutungsvoll** und allemal wichtiger als die Dauer-Subventionierung einer Varietee-Veranstaltung mit ortsfremden Akteuren.
- Weiter: **Für die LBA hat die Unterstützung des Löhner Musiklebens, der Löhner Kantoreien, einen markanten Stellenwert**, also einen klaren Vorrang z.B. gegenüber der Bezuschussung des Herforder MARTa-Millionengrabes.
- Auch wir sehen die **Stadt Löhne durchaus in der sozialen Pflicht**, allerdings für den Bereich, für den wir gewählt wurden, diese Verantwortung umzusetzen: Deshalb öffentliche Unterstützung für **die lokalen Hilfsorganisationen wie z.B. das „Blaue Kreuz“ oder den „Verein suchtkranker Menschen“** - nicht aber den Abfluss öffentlicher Löhner Finanzen in den Bereich der mittelamerikanischen Entwicklungshilfe.

**Steuererhöhungen oder gar die Einführung neuer Abgaben** – also z.B. die von CDU/FDP/Bürgermeister **gewünschte neue „Schneepflug-Steuer“** **kommen für uns nicht in Frage** – jedenfalls so lange nicht, wie die Stadt nicht zuvor ihre Hausaufgaben gemacht hat, also selbst **alles Denkbare und Mögliche** umgesetzt hat, die **überflüssigen Klientel-Subventionierungen** abzubauen; solange nicht, wie die Stadt ihre **Geld in (un)wirtschaftlichen Unternehmungen** anlegt, - oder besser gesagt - sich mit z.Zt. steigenden Kreditzinsen diese Beteiligungen erkaufte, was zweifellos **wirtschaftlicher Unfug** ist und ganz und gar nicht zum städtischen „Kerngeschäft“ gehört.

Zudem würden diese **Gebührenerhöhungen** für **Wohnraumbesitzer und Mieter, insbesondere junge Familien**, die Wohnraumkosten erhöhen, sind also gerade zu Zeiten von heftig steigenden Öl-, Gas und Strompreisen **unsozial** und deshalb unzumutbar.

## 5.5 Konkrete Anträge der Löhner-Bürger-Allianz zum Haushalt 2006:

Da die **>Verwaltungs-Sparliste<** weder in **Gänze akzeptabel ist noch vom Volumen her ausreicht**, um ohne neue Kredite die vom Kämmerer beschriebene Deckungslücke zu schließen, halten wir folgende Sparanträge für erforderlich:

Die LBA beantragt, dass ...

- (1)... der Gesellschaftervertrag mit der Stadt Bad Oeynhausen hinsichtlich des **Aqua-Magica-Geländes** zum nächstmögliche Termin gekündigt wird. - Mit der Stadt Bad Oeynhausen sind dann Verhandlungen zu führen, die zum Ziel haben, eine gerechtere Kostenteilung durchzusetzen. Darunter ist konkret zu verstehen, dass die Stadt Löhne entsprechend einer anschließenden Übereinkunft zwischen Löhne und Bad Oeynhausen maximal noch ein Drittel der jährlichen Kosten zu tragen hat.
- (2)... die Verwaltung alsbald mit dem SC Aquarius Verhandlungen aufnimmt. Ziel dieser Verhandlungen ist es, die **Löhner Bäder in die Verwaltung des SC Aquarius** zu übergeben und die entsprechende städtische Subventionierung des Bäderbereiches zu reduzieren. Gleichzeitig soll angestrebt werden, ein angemessenes und bürgerfreundliches Schwimmangebot für die Löhnes Bevölkerung aufrecht zu erhalten.
- (3)... der gesamte direkte und indirekte **Wohngebäudebesitz der Stadt Löhne** innerhalb der nächsten drei Jahren durch Verkauf **halbiert** wird. Die Erlöse sind dem Haushalt zuzuführen.
- (4)... der gegenwärtig vorliegende Entwurf des städtischen Stellenplanes **um drei Stellen (tariflich Beschäftigte) zu reduzieren** ist (= 320 tB, insgesamt 402 Bedienstete). Bei den nachfolgend notwendigen Abschmelzungen sind die Kritikpunkte der überörtlichen Prüfung umzusetzen: [Die Gemeindeprüfung hat gravierende Überkapazitäten in Teilen der Stadtverwaltung ermittelt. Der „überörtlichen Prüfungsbericht“ (Gem.prüfungsanstalt NRW, Mz./Ap. 04, S. 21) macht deutlich, wo Löhne im landesweiten Vergleich steht: Löhne hat die zweithöchste Kennziffer, d.h. die „2“ beim **>Zuschussbedarf für Kultur pro Einwohner<** und **>beim Schuldenstand incl. Mehrheitsbeteiligungen je Einwohner<** sowie bei den **>Personalausgaben pro Einwohner<**. Zusätzlich wird noch ganz

ausdrücklich festgestellt, dass Löhnes >Zuschussbedarf für Kultur pro Einwohner< „deutlich über dem Mittelwert der Vergleichskommunen liegt und sogar annähernd den Maximalwert erreicht.“ (S. 15); desgleichen auch CDU-Ratsherr Hans Ruschmeier in: NW 26.11.'05]

- (5)... die Verwaltung angewiesen wird, aus Partizipations- bzw. Demokratie-Motiven den Ratsmitgliedern und sachkundigen Bürgern - wie bis zum Sommer 2005 praktiziert – **sämtliche Beratungsunterlagen vollständig** zukommen zu lassen.
- (6)... der Kreis Herford aufgefordert wird, aus der Mitfinanzierung des **MARTa-Projektes** alsbald auszusteigen. Die Stiftungs- bzw. E.on - Gelder sollen gezielt genutzt werden, um die Kreisumlage im nächsten Haushaltsjahr wieder auf das vergangene Niveau zu senken.
- (7)... der **Brandschutzbedarfsplan** wie dargelegt (siehe ausführliche Antragsformulierung) modifiziert wird.
- (8)... die **DGB-Subventionierung** durch den städtischen Haushalt beendet und zu diesem Zweck der Vertrag mit „Arbeit&Leben“ zum nächsten Jahresende gekündigt wird.

## 6 Ausblick

Wir stellten vor einem Jahr fest: Der **Kontinuitätsbruch** vom 26.9.2004 ist tatsächlich eine **Chance – nicht aber das eigentliche Ziel**, keine Garantie für eine lichte Zukunft.

CDU/FDP und Bürgermeister muss ins Stammbuch geschrieben werden: Mit der Ablösung der rund 60jährigen SPD-Dominanz allein ist es nicht getan. **Nur das konkrete politische bürgerorientierte Handeln kann der Maßstab für einen Erfolg** sein.

Die Löhner-Bürger-Allianz ist bereit, Verantwortung zu tragen und einen konstruktiven Beitrag zur Weiterentwicklung unserer Stadt zu leisten. Doch dabei gibt es auch in Zukunft für uns **keine Automatismen, keine parteipolitische Fixierungen oder ideologische Scheuklappen**.

Wenn gleichartige Vorstellungen gegeben sind, übereinstimmende Ziele bestehen, dann arbeiten wir genauso wie in der Vergangenheit **mit allen Demokraten zum Wohle der Stadt Löhne zusammen** (siehe Blomeyer-Brücke, siehe Leinkamp).

Prüfstein ist bei jeder einzelnen Sachentscheidung jedoch ausschließlich das Wohl der Menschen dieser Stadt. **Koalitionspartner der LBA** ist und bleibt für uns nur der **Löhner Bürger** – und sonst niemand.

*L - B - A . . . aus Liebe zu Löhne*